

„Alte Werte mit neuem Leben füllen“

SPD-Vize Oskar Lafontaine über Kritik und Konsequenzen seiner Thesen zur Arbeit

Vor einem Jahr sorgte Oskar Lafontaine mit seinem Buch „Die Gesellschaft der Zukunft“ für Aufregung und Kritik bei Genossen und Gewerkschaften – und erhielt Beifall von Konservativen, Liberalen und Unternehmern. Er verlangte radikales Umdenken vom DGB: Gewerkschaften und SPD dürften sich nicht allein auf die Erwerbsarbeit konzentrieren. Sie müßten die unbezahlten,

aber gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten in der Familie und in sozialen Diensten aufwerten. Diskussionen um Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und um Wochenendarbeit lenkten von Lafontaines Ansatz ab. In seinem neuen Buch („Das Lied vom Teilen“) verschärft er den Konflikt: die „Umwertung“ der Arbeit als Grundlage einer neuen sozialistischen Strategie*. Auszüge:

Will man, dies gehört zur klassischen Lehre des Sozialismus, daß der Mensch mit seiner Arbeit ein wie auch immer geartetes Bewußtsein von Selbstverwirklichung verbindet, dann wird man die Eigenarbeit vom privaten Rande mehr ins öffentliche Zentrum der Gesellschaft rücken müssen – was nicht heißen muß, daß die Erwerbsarbeit aus dem Zentrum verdrängt wird. Eine Aufwertung der informellen Arbeit könnte sehr wohl eine Aufwertung der formellen Arbeit bewirken.

Es paßt zur neuen Heftigkeit dieser Debatte, daß falsche Alternativen gleichsam als Popanz aufgestellt wurden. So wurde von der traditionellen Linken die Forderung erhoben, man solle, statt die informelle Arbeit aufzuwerten, lieber die ganze Kraft auf die Humanisierung und Demokratisierung der formellen Arbeit richten. Warum nur dieses „statt“? Warum nicht beides zugleich mit ganzer Kraft anstreben? Schließt denn die „Befreiung von der Arbeit“ eine „Befreiung in der Arbeit“ aus? Könnte es nicht eher sein, daß sich beide Tendenzen gegenseitig stärken?

In der Debatte um die Neubestimmung des Arbeitsbegriffs sind einige merkwürdige Plädoyers gehalten worden. Bisweilen bekam ich sogar zu hören, daß eine Erweiterung des Arbeitsbegriffes über die formelle Arbeit hinaus nicht sinnvoll sei, weil sich ja die Menschen in ihrer Erwerbsarbeit verwirklichten. Welch eigentümliches Verständnis des Sozialismus offenbart sich in einer solchen Argumentation: Es wird schlichtweg unterschlagen, daß die abhängige Erwerbsarbeit einer kapitalistischen Logik folgt. Welch erbärmliche Arbeitsverhältnisse gibt es noch in der Bundesrepublik, was wird nicht alles unter dem Etikett der Erwerbsarbeit pauschal mitverteidigt! Und wer oder was sollte sich in solchen Arbeitsverhältnissen verwirklichen können?

Jene ganzheitliche Art der menschlichen Selbstverwirklichung, wie sie in Marxens Beispiel vom freien Individuum anklingt, welches morgens jagen und mittags fischen geht, abends Schafzucht betreibt und nach dem Essen „kritisiert“, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden, findet nicht inner-



Sozialdemokrat Lafontaine
„Morgens jagen, mittags fischen, abends kritisieren“?

halb der formellen Erwerbsarbeit, sondern bestenfalls innerhalb der informellen Eigenarbeit statt, die (noch) nicht als Ware über den Arbeitsmarkt vermittelt wird.

Natürlich ließe sich – wie manche es vorschlagen – das Verteilungsvolumen der Erwerbsarbeit durch die Umwandlung informeller zu formeller Arbeit vergrößern, ließen sich dementsprechend die Chancen verbessern, für alle einen bezahlten Arbeitsplatz zu finden. Freilich könnte dieses Ziel genauso effektiv auf dem Weg einer radikalen Verkürzung der Erwerbsarbeit erreicht werden, ein Weg, der weniger verlustreich wäre. Denn mit jedem weiteren Teil informeller Eigenarbeit, der in Erwerbsarbeit umgewandelt wird, verliert die Gesellschaft an menschlicher Wärme.

Es ist eben doch von der zwischenmenschlichen, von der emotionalen Qualität her etwas anderes, ob es die Kinder selber sind, die ihre gebrechlich gewordenen Eltern pflegen, oder ob sie sie durch einen noch so fürsorglichen, noch so gut ausgebildeten Altenpfleger pflegen lassen; ob es die Eltern selber

sind, die ihr Kind erziehen, oder ob sie es von einer noch so liebenswürdigen, pädagogisch noch so geschickten Erzieherin erziehen lassen; ob es die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger selber sind, die sich ihrer öffentlichen Belange annehmen, oder ob sie ihre Interessen durch einen noch so wohlmeinenden, noch so klugen, professionellen Volksvertreter vertreten lassen.

Ohnehin ist es fraglich, ob sich der jahrhundertlange Prozeß der Umwandlung von naturwüchsigen menschlichen Tätigkeiten in bezahlte, organisierte Beschäftigungsverhältnisse immer weiter fortsetzen läßt, ohne daß der emotionale Haushalt der Gesellschaft so gründlich zerrüttet

wird, wie es mit dem ökologischen bereits geschehen ist.

Jürgen Habermas schreibt in der „Neuen Unübersichtlichkeit“:

Der Bedarf an gesellschaftlich notwendiger Arbeit scheint sich zum einen in Bereiche zu verlagern, die Tätigkeiten nach dem Muster der Industriearbeit gar nicht kennen, sondern eher einen kommunikativen Umgang mit Personen erfordern; zum anderen verlagert sich der Bedarf in Tätigkeitsbereiche, die in die Organisationsform von Industrie- und Verwaltungsbetrieben nicht passen ... Ich bezweifle, daß der Mechanismus des Marktes noch geeignet ist, den tatsächlichen Bedarf an Arbeit zu identifizieren und innerhalb von Formen gesellschaftlich anerkannter Arbeit zu befriedigen. Die im kapitalistischen Sinne bis jetzt produktive Arbeit steht demnach im Gegensatz nicht nur zu einer sozialen Anerkennung, sondern auch zum Wert gesellschaftlicher Tätigkeiten, die nicht mehr in die vorhandenen Formen der Anerkennung und Bewertschätzung passen.

Dies genau ist der Punkt, an dem sich die Diskussionen um die Bestimmung des Arbeitsbegriffs im neuen Grundgesetzprogramm der SPD entzündet ha-

* Verlag Hoffmann und Campe.

* Oskar Lafontaine: „Das Lied vom Teilen – Die Debatte über Arbeit und politischen Neubeginn“. Hoffmann und Campe; 296 Seiten; 29,80 Mark.

ben. Ein Vergleich zwischen den Formulierungen der beiden Programmtextwürfe macht deutlich, daß sich auch die sozialdemokratische Programmdebatte in der von Habermas angesprochenen Richtung entwickelt hat.

War in dem Entwurf vom Juni 1986 nur davon die Rede, daß „die gesellschaftlich notwendige Arbeit anders zu bewerten und anders zu verteilen“ sei, so wird in dem neuen Entwurf vom Januar 1989 gefordert, daß die Ungleichbewertung der verschiedenen Formen der gesellschaftlich notwendigen Arbeiten überwunden werden muß und die verschiedenen Arbeiten zwischen Männern und Frauen gleich verteilt werden sollen. Die Ungleichbewertung überwinden zu wollen kann nichts anderes heißen, als die Gleichbewertung anzustreben. Damit ist die Neubewertung der Arbeit Grundsatz sozialdemokratischer Politik geworden.

Auch die Strategie des Sozialismus, die bisher an der organisierten, bezahlten, produktiven, weil betriebswirtschaftlich gewinnbringenden und abstrakt zerlegbaren Arbeit angesetzt hat, wird mit einer Umwertung der Arbeit gleichsam neu bestimmt: Sie wird in Zukunft darauf abzielen, neue Formen des solidarischen und selbstbestimmten Zusammenlebens zu schaffen, also Lebensformen zu entwickeln, die die Herausbildung unbeschädigter individueller Identitäten in einer solidarischen Gesellschaft erlauben. In Anlehnung an den Theologen Paul Tillich könnte man sagen, daß dieser Sozialismus dem Prinzip „Liebe“ in der Gesellschaft zur Geltung verhilft. Es kommt darauf an, die alten Werte der Solidarität zu bewahren und unter veränderten gesellschaftlichen Vorzeichen mit neuem Leben zu füllen. Wer das will, muß zunächst einmal verhindern, daß weiter lebenswichtige Bereiche nach dem Muster gewinn- und herrschaftsorientierter, abstrakter, bürokratischer oder industrieller Arbeit organisiert werden.

Wir sind es gewohnt, in merkantilen Kategorien zu denken: Alles, was einen Wert hat, hat seinen Preis. Was Wunder also, daß der Vorschlag, die informelle Arbeit aufzuwerten, als Forderung nach einem Hausfrauenlohn mißverstanden wurde – ein Mißverständnis, das in der Konsequenz der Formulierung des Godesberger Programms liegt: „Hausfrauenarbeit muß als Berufsarbeit anerkannt werden.“ Um es klar zu sagen: Unter Aufwertung soll hier nicht so sehr die Bezahlung als vielmehr die höhere Einstufung auf jener Werteskala verstanden werden, von der die Gesellschaft ihre Normen ableitet.

Wer durch politisches Handeln die informelle Arbeit aufwerten will, sollte nicht die Menschen zu erziehen suchen, sondern sollte zuerst einmal die Strukturen der Arbeitswelt verändern. Noch ist die „produktive“ Arbeit so organisiert, daß Berufs- und Familienleben schlecht

zu vereinbaren sind. Berufliches Fortkommen geht meistens zu Lasten der Familie. Die Strukturen der Arbeitswelt sind daraufhin angelegt, daß hinter jedem berufstätigen Menschen ein anderer steht, der sich um Haushalt und Familie kümmert und selber nicht „arbeitet“.

In Anbetracht der Tatsache, daß der soziale Status eines Menschen immer noch weitgehend von der Erwerbsarbeit her bestimmt wird, läuft diese Ordnung auf eine strukturelle Abwertung der Familienarbeit hinaus. Demnach müßte die Aufwertung der Eigenarbeit zuallererst auf strukturelle Art erfolgen: durch die Einrichtung einer gesellschaftlichen Produktions- und Arbeitsordnung, die jedem Menschen die gleichen Möglichkeiten böte, Berufs- und Familienleben, Erwerbs- und Eigenarbeit ohne große Nachteile miteinander zu verbinden.

Mit anderen Worten: Auch die Verkürzung der täglichen Erwerbsarbeitszeit ist bereits eine strukturelle Aufwertung der informellen Arbeit.

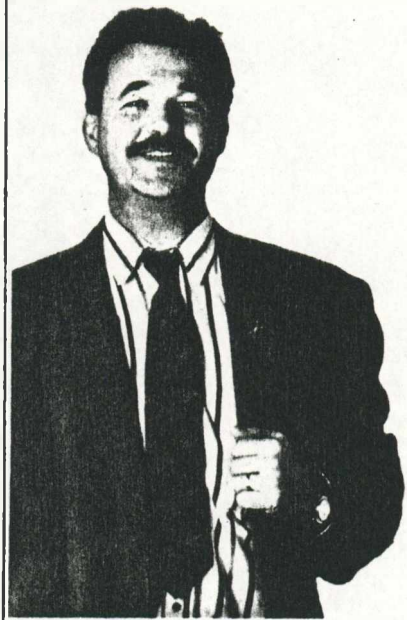
Daß ich die Aufwertung der informellen Arbeit in erster Linie nicht unter dem Aspekt der Bezahlung sehen will, soll nicht heißen, daß sie nicht auch ihren Preis haben müßte. Selbstverständlich muß auch darüber nachgedacht werden, ob und in welchem Ausmaß es sinnvoll ist, gesellschaftlich nützliche Familien-, Kultur- oder Eigenarbeit materiell abzusichern.

Ich kann mir vorstellen, daß mit einer Neubestimmung und Neubewertung dessen, was Arbeit ist, ein Wandel des gesellschaftlichen Bewußtseins in Gang gesetzt wird, der vor der Erwerbsarbeit nicht haltmacht. Es ist durchaus plausibel, daß Menschen, die gewohnt sind, ihr Leben in eigener Regie zu führen, ihr Tun und Lassen selber zu verantworten, ihr Handeln nach eigenem Antrieb zu regeln, um so eher die gewohnte Selbst-

Zu Konsumenten einer Betäubungskultur verblöden?

ständigkeit in einigen wichtigen Lebensbereichen vermissen und um so weniger geneigt sind, unselbständige und entfremdete Arbeit zu verrichten. So gesehen, wird aus der einschneidenden Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit kein Desinteresse der Menschen an ihrer eigenen „Befreiung in der Arbeit“ erwachsen, sondern es wird sich der Antrieb verstärken, auch die Erwerbsarbeit möglichst human und frei zu gestalten.

Unter welchen Bedingungen könnte aus der „Befreiung von der Arbeit“ eine Dynamik der gesellschaftlichen Emanzipation entstehen, die letztlich mehr Freiheit in der Arbeit bringt? Auch Politiker müssen solche Fragen stellen, weil es Aufgabe der Politik ist, solche Bedingungen zu fördern. Auch die Politik



„Ich steh' und geh' mit GALLUS Liberty

den lieben langen Tag – und spüre meine Füße nie. Das nenn' ich Schuhe! Wen wundert's, bei der Technik und bei der Verarbeitung! Wie aus dem Bilderbuch.“



WMA entap

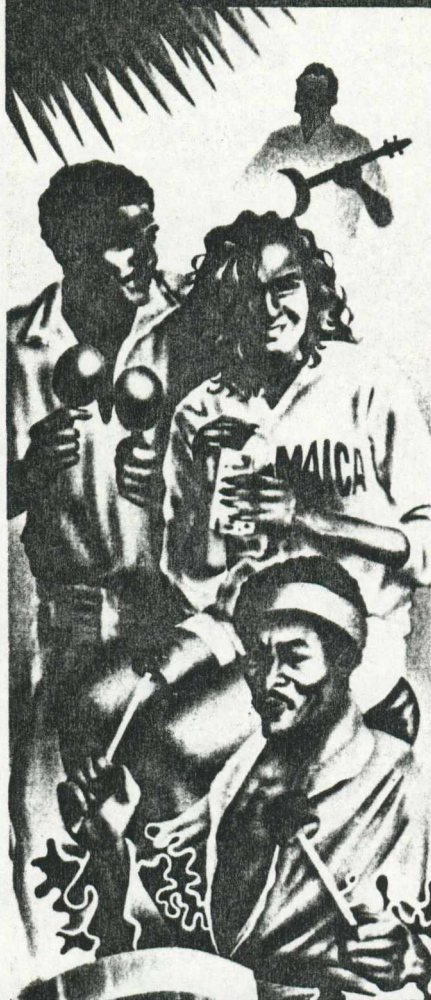
- Liberty-Kugelferse. Gleichmaßen haltgebend und abfedernd.
- Liberty-Vollfußbett. Abstützend und einer Überkorrektur vorbeugend.
- Ganze Leder-Decksohle, feuchtigkeitsabsorbierend.
- Sanitized® ausgerüstet. Antibakteriell, pilzhemmend.

GALLUS
Liberty

Freiheit für gestrebte Füße

GALLUS Deutschland, 4060 Viersen 11/Dölken
GALLUS Österreich, 9400 Wolfstberg/Kärnten
GALLUS Schweiz, 5432 Neuenhof

**"Hey. Mr. Tallyman,
tally me
banana..."**



JAMAICA

Erinnerungen werden wach.

Jamaica Tourist Board
Vogtstraße 50
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 0 69/5 97 56 75

Bitte schicken Sie mir kostenlos Info-Material.

Name _____ Straße _____ PLZ/Ort _____

Sp 5/89

braucht ein Bild der zukünftigen Gesellschaft.

Denkbar ist eine Freizeitgesellschaft, in der eine gewinn- und herrschaftsorientierte Unterhaltungsindustrie die Menschen zu passiven Konsumenten einer leicht verdaulichen Einlullungs- und Betäubungskultur regelrecht verblödet – durch die elektronischen Medien zur Denkfaulheit erzogen, darauf abgerichtet, auf frei Haus gelieferte Bildsignale zu reagieren, zur Kreativität unfähig.

Statt dieser negativen Utopie läßt sich, gleichsam als Gegenentwurf, eine bessere Möglichkeit der Zukunft vorstellen: Ich will sie die „beteiligende“ Gesellschaft nennen und darunter eine Ordnung verstehen, in der Menschen nicht vereinzelt, beherrscht, verwaltet und ver-

Mehr Demokratie wagen durch intensive Beteiligung

plant werden, eine Ordnung, in der Menschen weder zu passiven Konsumenten eines seelenlosen Kulturbetriebs noch zur willfähigen Verfügungsmasse der industriellen Produktion, noch zum manipulierten Stimmvieh der Politik degradiert werden; einer Ordnung, in der der einzelne, solidarisch mit allen anderen, seine Arbeits-, Kultur- und Lebensformen in einem schöpferischen Prozeß selbst bestimmt; mit einem Wort, eine Ordnung, in der die Menschen an dem, was sie betrifft, auch wirklich beteiligt sind.

Erst mit der Zunahme der erwerbsarbeitsfreien Zeit hat sich die Perspektive für eine direktere Beteiligung aller an ihren gesellschaftlichen und politischen Belangen konkretisiert. Wer hätte denn nach zwölfstündiger täglicher Arbeitsfron noch den Wunsch oder die Kraft verspüren sollen, sich an irgendeiner gemeinnützigen Sache zu beteiligen?

Als noch die 60-Stunden-Woche die Regel war, mußte die Forderung nach stärkerer gesellschaftlicher und politischer Beteiligung in den meisten Ohren wie Hohn klingen. Mit der 30-Stunden-Woche aber wird eine stärkere Beteiligung nicht nur möglich, sie wird sogar notwendig.

Nur durch aktive Betätigung im kulturellen Leben kann die Freizeitgesellschaft davor bewahrt werden, in den Stumpfsinn der Passivität abzugleiten; nur durch Engagement in den Organisationen und Systemen der gesellschaftlichen Solidarität, durch die direkte Anteilnahme an den Freuden, den Nöten und den Sorgen der Mitmenschen kann das von Erwerbsarbeit weitgehend befreite Individuum daran gehindert werden, sich in privaten Nischen von anderen zu entsolidarisieren; nur durch Beteiligung der Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen und betrieblichen Entscheidungen kann die Erwerbsarbeit freier werden; nur durch die intensive Beteiligung der Menschen an der politischen

Willensbildung und ihrer Umgestaltung kann mehr Demokratie gewagt werden.

In einer solchen Strategie bedingen und ergänzen sich gegenseitig die Umwertung der Arbeit, die Ausweitung der Beteiligung und die durchschnittliche Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. Die weitere Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit macht nur dann einen fortschrittlichen Sinn, wenn sie nicht zur passiven Unterwerfung der Menschen in der Freizeitgesellschaft führt, sondern zu ihrer kulturellen Emanzipation in einer Gesellschaft, in der sie wieder weitgehend über die Zeit verfügen.

Demnach wäre es erforderlich, im gleichen Maße, wie die Erwerbsarbeitszeit verkürzt wird, die Beteiligung aller als Prozeß der gesellschaftlichen Demokratisierung voranzutreiben und so zu organisieren, daß die Gesellschaftsordnung ohne ihre demokratische Beteiligung keinen Bestand haben kann.

Dagegen wird man einwenden können, daß womöglich die Menschen gar nicht so sehr beteiligt sein wollen, daß sie Belastungen lieber von sich auf die Institutionen abwälzen. Darum geht es gar nicht. Natürlich sollen gesellschaftliche Einrichtungen auch weiterhin den einzelnen entlasten, sollen ihm Sorgen abnehmen und Hilfestellungen anbieten. Jeder soll nun nicht plötzlich alles selber machen, aber er kann an den wichtigen Entscheidungen, die sein Leben betreffen, selber mitwirken. Dadurch kommt auch die gesellschaftliche Solidarität weniger anonym als bisher zum Ausdruck.

Nicht nur die vielen Bürgerinitiativen sind ein Indiz dafür, daß ein Großteil der Menschen diese Beteiligung sucht. Solange es zum Beispiel die gesetzliche Möglichkeit der kommunalen Selbstverwaltung nicht gegeben hat, gab es keine Kommunalpolitiker; seit diese Möglichkeit vorhanden ist, gibt es Menschen, die bereit sind, sich in der freizeitraubenden Kommunalpolitik zu engagieren.

Was also spricht dagegen, statt der Freizeitgesellschaft die „beteiligende Gesellschaft“ anzustreben – oder doch zumindest die Freizeit als eine Zeit der kulturellen, politischen und sozialen Beteiligung zu verstehen? Und wenn die Beteiligung der Schlüssel zur Demokratisierung der Gesellschaft ist, der Weg zur Entmachtung unlegitimierter Machtverhältnisse, was spricht dann dagegen, der „Beteiligungsarbeit“ den gebührenden Wert beizumessen?

Ist es nicht absurd, daß auf der derzeitigen, an der „produktiven“ Arbeit orientierten Werteskala die Herstellung von Massenvernichtungswaffen höher eingestuft wird als die zur Sicherung eines demokratischen Miteinanders erforderlichen informellen Tätigkeiten?

Und was das Schöne an dieser Utopie ist – es bedarf nicht erst der Zerschlagung des Kapitalismus, in sie einzusteigen. Sie zeigt den Weg, wie die bestehende Gesellschaftsordnung mit ihren eigenen Mitteln, nach ihren eigenen Spielregeln reformiert werden kann. ♦